Bund der Steuerzahler
Schleswig-Holstein e.V.

Der Präsident

24105 Kiel, Lornsenstraße 48

Telefon 0431/990165-0
Telefax 0431/990165-11
E-Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de
www.steuerzahler.de

An den Vorsitzenden des
Finanzausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Christian Dirschauer MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/4735

Alleinerziehende steuerlich entlasten (Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 20/2939)
Alleinerziehende wirksam entlasten (Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 20/3000)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu den oben genannten Anträgen eine Stellungnahme abgeben zu können. Diese Gelegenheit nehmen wir gerne wahr.

Beide Anträge fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine steuerliche Entlastung von Alleinerziehenden einzusetzen. Im Entwurf des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages wird dieses Anliegen bereits aufgegriffen. Auf Seite 45 in den Zeilen 1446 und 1447 wird formuliert: „Wir werden die finanzielle Situation von Alleinerziehenden durch Anhebung oder Weiterentwicklung des Alleinerziehenden-Entlastungsbetrags verbessern."

Diese Verabredung des Koalitionsvertrages wird vom Bund der Steuerzahler ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Wir halten eine weitere steuerliche Entlastung von Alleinerziehenden für geboten. Grundsätzlich sprechen wir uns jedoch dafür aus, den Entlastungsbetrag wie alle anderen Freigrenzen und Freibeträge automatisch an die Lohnentwicklung anzupassen, damit die steuerlichen Wirkungen unabhängig von der allgemeinen Einkommensentwicklung zur Geltung kommen. Dieses fassen wir zusammen unter dem Schlagwort „Abschaffung der kalten Progression". Eine automatisierte Anpassung der Freibeträge und Freigrenzen hat über die entlastende Wirkung hinaus auch den Vorteil, dass sie die regelmäßige Befassung des Gesetzgebers mit diesen Themen vermeidet. Eine solche Regelung wirkt deshalb auch deutlich entlastend auf die Bürokratie.

In diesem Sinne werden wir uns auf Bundesebene für eine entsprechende Umsetzung der Verabredung aus dem Koalitionsvertrag einsetzen. Einer ergänzenden Bundesratsinitiative aus Schleswig-Holstein bedarf es dazu nach unserer Einschätzung nicht.

Gern sind wir bereit, unsere Position im mündlichen Vortrag weiter zu vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Dr. Aloys Altmann
Präsident